



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 519

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 11. Dezember 2023, 19:00 Uhr
Alte Dorfturnhalle**

Anwesend	38 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Urs Baumann, Oliver Gloor	
Vorsitz	Urs Schneider	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Aufgaben- und Finanzplan 2024-2028 (AFP)	3413
	Planungspostulat, U/G, Bernhard Zwahlen «Auswirkungen der Budgetkürzung auf die Jugendarbeit	3414
2.	Quartierplanung LIDL, 2. Lesung	3377
3.	Sondervorlage Kredit von CHF 4'000'000 für den Ersatzneubau Kindergarten Aegelmatt	3369
4.	Postulat, SP, Rebecca Moldovanyi, Entsiegelung von versiegelten Flächen	3406
5.	Beantwortung Postulat U/G, Billie Grether, Ausbau der familienergänzenden Betreuung in unmittelbarer Nähe der Schulen	3282
6.	Fragestunde	519

Begrüssung

Urs Schneider: Ich begrüsse sie recht herzlich zur letzten ER-Sitzung im 2023. Besonders begrüssen möchte ich die Vertreter der KMS, *sie werden die Sitzung musikalisch eröffnen unter der Leitung von Katharina Enders, Kreismusikschule*. Im Weiteren möchte ich der Schulklasse 2d und 2c vom Grossmatt-Schulhaus recht herzlich danken, sie haben den Weihnachts-

baum, welcher hier steht, geschmückt. Wir danken den Schulklassen, welche den Schmittiplatz in einen «Märlwald» verwandelt haben.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3 Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Schneider: Ich habe eine Mitteilung betreffend Totalrevision des Einwohnerrat Geschäftsreglements. Die Kommission hat das Geschäft im Moment fertig beraten. Es wird vor Weihnachten an die Fraktionen verschickt wie auch an den Gemeinderat, wo man dazu Stellung nehmen kann. Das Ziel wäre, dass man bis Ende Januar Rückmeldungen hat, so dass wir im Februar eine Sitzung in der Spezialkommission zur definitiven Version vorbereiten können. Ziel ist es, es im März und im April im Einwohnerrat zu traktandieren.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringende Interpellation, SP, Andreas Moldovanyi, Eiskunstlauf auf Pratteler Trottoirs

Andreas Moldovanyi: Es ist natürlich jedes Jahr ein neues Thema, wenn auf den Strassen blitzblanke Verhältnisse herrschen und Autos ungehindert fahren können, weil dort geräumt und gesalzen wurde, während zu Fuss die Einwohner stürzen und sich schwere Verletzungen zuziehen können. Bis wir die Interpellation regulär behandeln würden, könnten noch weitere Kälteperioden und Schneefälle kommen, deshalb finde ich es als dringend, dass wir das heute noch behandeln und bitte euch alle, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Dieter Stohler: Diese Zeit ist schon wieder vorbei und letztes Jahr hatten wir gar kein Eis. Ich finde selbstverständlich, Fragen an den Gemeinderat kann man stellen. Dringlich ist das nicht. Das ist aus dem Leben gegriffen. Jedes Jahr, jeden Winter, jeden Frühling gibt es Fragen dieser Art. Ich sehe die Dringlichkeit nicht ein und bitte die Dringlichkeit abzulehnen.

Mauro Pavan: Ich möchte mich dem Vorredner meiner Fraktion anschliessen, dem Interpellanten Andreas Moldovanyi. Selbstverständlich ist die Dringlichkeit da gegeben aufgrund davon, wie die Räumung und das Salzen und Behandeln vom Eis stattgefunden hat während dieser Kälteperiode, welche jetzt gerade war. Bis wir die nächste Einwohnerratssitzung haben, ist tatsächlich zu erwarten, dass es nochmals kalt werden könnte und dass es noch einmal vereist ist. Darum bitte ich den Gemeinderat heute auf die Fragen zu antworten und euch dieser Dringlichkeit zuzustimmen.

Abstimmung über die Dringlichkeit (sofortige Beratung) der Interpellation (2/3 Mehr)

://: Mit 22 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird die sofortige Beratung abgelehnt.

- Interpellation, U/G, Christoph Zwahlen, Baumfällungen südlich der Netzibodenstrasse vis-à-vis Promena-Gebäude

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Urs Schneider: Ich werde mir erlauben, je nach fortgeschrittener Zeit, die Fragestunde vorwegzunehmen, so dass wir sie heute sicher bearbeiten können.

://: Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme, dass die Fragestunde nach Traktandum 1 behandelt wird.

1. Nr. 3413

Aufgaben- und Finanzplan 2024-2028 (AFP)

Urs Schneider: Auf dem Referentenplatz nimmt der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Gerold Stadler, Platz und der Abteilungsleiter Finanzen, Philipp Doppler.

Gerold Stadler: Zuerst möchte ich mich bei meinen RPK-Kolleginnen und Kollegen bedanken. Ich war dieses Jahr nicht 100% anwesend. Der Bericht war schwierig zu schreiben, wegen meiner Operation, aber sie haben mich sehr gut unterstützt. Mein Dank geht auch an GR Christine Gogel und Philipp Doppler, Abteilungsleiter Finanzen, für das gut erstellte Budget. Wie ihr gesehen habt, ist ein Aufwandüberschuss budgetiert von rund CHF 320'000. Ich möchte nicht den ganzen RPK-Bericht ablesen, den habt ihr ja bekommen. Mir ist ein Anliegen beim Punkt 3 einfach noch einmal darauf hinzuweisen, warum wir die prognostizierten Kinderzahlen für die Schulen wollen. Die Schule ist der grösste Budgetposten der Gemeinde und ganz viel ist von den Schülerzahlen abhängig in dem Bereich und das ist auch der Grund, warum wir die Zahlen sehen wollen. Das hilft ein bisschen für das Verständnis der Kosten, welche entstehen oder grösser/kleiner werden. Punkt 3.2: Bei der Abfallbewirtschaftung steht eine Erhöhung der Sackgebühren an. Die ist nötig, weil im Moment das Ganze noch defizitär ist. Viele Jahre hatten wir einen sehr tiefen Ansatz, damit wir den Betrag des Vermögens auf CHF 1 Million bringen konnten und jetzt geht der tiefer. Darum ist eine Preiserhöhung angesagt. In der Gemeinde hat eine Aufgabenüberprüfung stattgefunden. Diese wurde der RPK mittels Folien präsentiert, wo die Gemeinde in Zukunft Einsparungen machen oder Mehreinnahmen generieren will. Diese Liste ist aber nicht öffentlich. Zum Antrag der RPK: Im AF 3 haben wir hier das Radargerät in der Kritik, wieso es das braucht. Es ist ein Mehrheitsantrag, er war nicht einstimmig. In diesem Antrag geht es nicht um die Verkehrssicherheit. Deshalb wollen wir im AF 3 Plan einen zusätzlichen Text, dass vermehrt Verkehrskontrollen mit dem vorhandenen Gerät stattfinden. Wir haben auch beim Plan die Zahl von 200 logischerweise wieder heruntergenommen auf 150. Mit nur einem Gerät geht das nicht, aber die Zahl von 150 ist höher als das was bisher drin ist. Es geht nicht um die Verkehrssicherheit, sondern es geht um den Betrag per se.

GR Christine Gogel: Es ist mir natürlich eine Freude und grosse Erleichterung, dass ich mein letztes Budget, welches ich hier drin präsentieren darf, ausgeglichen vorlegen kann. Im ersten Halbjahr 2023 haben wir im Gemeinderat, zusammen mit der Verwaltung, eine Aufgabenüberprüfung durchgeführt. Resultierend aus zahlreichen Sitzungen und Workshops im Gemeinderat haben wir es geschafft, diese Punktlandung hinzukriegen. Wir haben keinen Stein auf dem anderen gelassen und alles angeschaut. Ein harter und anstrengender Prozess ist es gewesen, aber alle haben mitgezogen. Darum möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten ganz herzlich danken: Der Verwaltung, der Abteilung Finanzen, unter der Leitung von Philipp Doppler, und dem Gemeindeverwalter Beat Thommen. Die ganze Verwaltung hat das Thema sehr ernst genommen. Sie haben sich reingekniet und Verbesserungen gesucht. Nachdem wir jahrelang Budgets im ausgeglichenen Bereich vorweisen konnten, knapp unter der Nulllinie, war es im 2023 dann schwierig. Genau an dieser Stelle habe ich letztes Jahr gesagt, dass ich bei so einem Taucher nicht lange zuschauen, sondern wir sofort mit Massnahmen Gegensteuer geben müssen. Es ist wie in der Fliegerei, wenn man viel Gegenwind hat, muss man entweder die Flughöhe wechseln oder genügend Kerosin im Tank haben. Unsere Finanzpläne lassen nicht zu, dass wir über Jahre negative Zahlen schreiben. Im Gegenteil, wir sollten dringend positiv abschliessen, um die geplanten Investitionen stemmen zu können, ohne uns noch weiter fest zu verschulden. Wir haben also versucht, unsere Flughöhe anzupassen.

Der Anstoss für die Aufgabenüberprüfung war der AFP 2023 bis 2027 mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 4,8 Millionen. Wir haben einen «Bottom up-Ansatz» gewählt, das heisst, wir sind in der Hierarchie von unten herauf gegangen. In der Verwaltung haben sie sich in ihren Gruppen getroffen und Verbesserungsvorschläge angeschaut. Die sind dann via Gruppenleiter/Abteilungsleiter in die Geschäftsleitung gekommen und die Geschäftsleitung hat diese dann dem Gemeinderat präsentiert. Es sind über 100 Vorschläge reingekommen. Davon haben wir rund 80% weiterverfolgt. Beispiele, welche wir nicht angeschaut haben waren Kürzungsbeiträge an Vereine oder die Abschaffung des 30 Minuten Gratis-Parkings oder ein Verzicht der Reinigung am Wochenende. Wir hatten also die Budgetverbesserung mittels Reduktion von Sach- und Personalaufwand, aber auch Ertragsseitig haben wir es angeschaut. Wo können wir noch mehr Erträge generieren?

Die Umsetzung ist gestaffelt. Wir konnten sogar schon etwas im 2023 verbuchen, dann geht es weiter bis 2029. Die Umsetzungseffekte sind folgendermassen: Wir konnten im 2023 CHF 0,5 Millionen umsetzen, für 2024 CHF 1 Million und dann in den Jahren 2025 bis 2029 CHF 2,3 Millionen, also total CHF 4,8 Millionen.

Die Kompetenzstufen für die Umsetzung von diesen Entscheiden sind natürlich unterschiedlich. Es gibt Sachen, welche die Verwaltung ausführen und umsetzen kann. Es gibt Sachen/Vorschläge, welche einen Gemeinderatsbeschluss brauchen und es gibt auch Vorschläge, die in den Einwohnerrat kommen, weil es z. B. eine Reglementsanpassung braucht etc. Es ist auch teilweise abhängig von Verhandlungspartner. Ein Beispiel auf Verwaltungsebene habe ich euch mitgebracht. Das hat im 2024 schon Aufnahme gefunden in den jetzigen AFP. Das ist eine Reduktion vom Ferien- und Gleitzeitguthaben beim Personal. Auf Stufe Gemeinderat haben wir eine Gebührenerhöhung für fest vermietete Parkplätze. Das kommt dann im 2025 in den AFP und dann haben wir auch einen Vorschlag für den Einwohnerrat: Die Erhöhung der Feuerwehersatzabgabe. Auch diese würden wir dann im 2025 präsentieren. Da wären CHF 100'000 als zusätzlicher Ertrag vorgesehen und das ist dann mittels Reglementsanpassung hier drin.

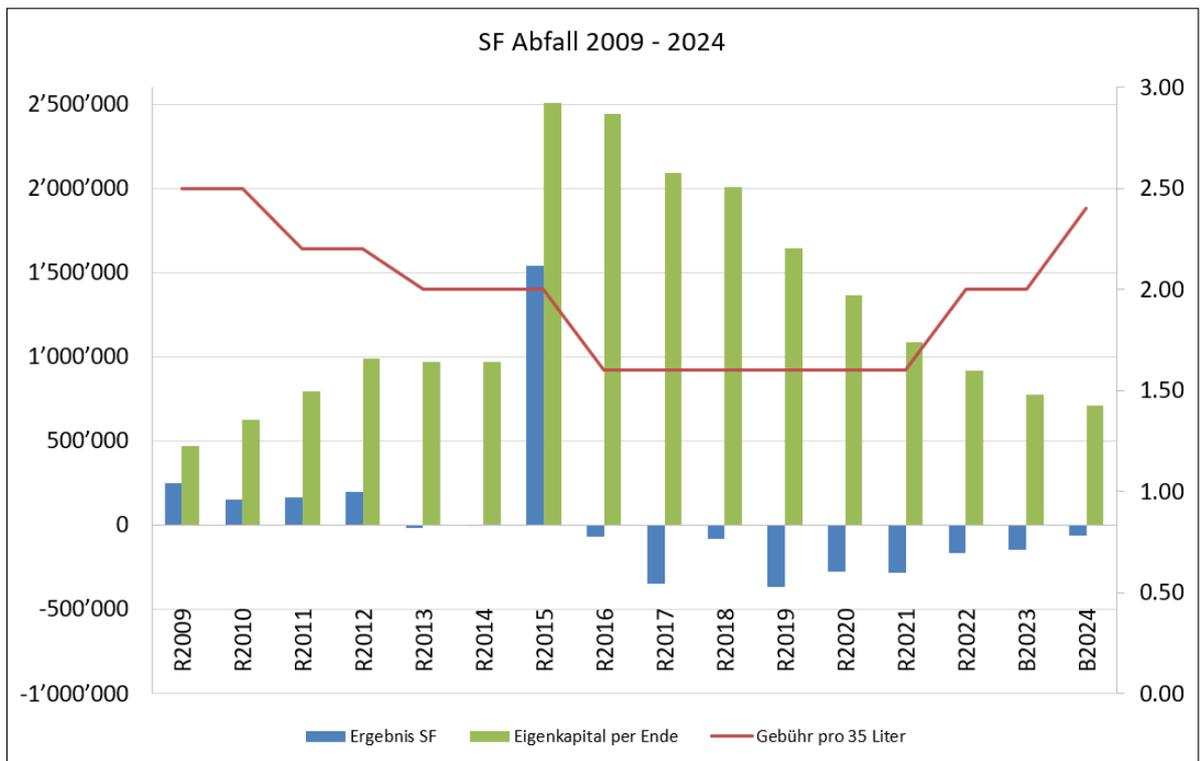
Einsparungen Aufgabenüberprüfung Übersicht

Jahr	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Einsparung 2023	1'501'500	1'501'500	1'501'500	1'501'500	1'501'500	1'501'500	1'501'500
Einsparung 2024	0	1'017'420	802'420	802'420	802'420	842'420	802'420
Einsparung 2025	0	0	1'363'033	1'063'033	1'063'033	1'063'033	1'063'033
Einsparung 2026	0	0	0	1'712'300	212'300	212'300	212'300
Einsparung 2027	0	0	0	0	408'000	408'000	408'000
Einsparung 2028	0	0	0	0	0	180'000	180'000
Einsparung 2029	0	0	0	0	0	0	650'000
Total CHF	1'501'500	2'518'920	3'666'953	5'079'253	3'987'253	4'207'253	4'817'253

Auf der obenstehenden Folie seht ihr einen kleinen Überblick: Vertikal haben wir die Jahre 2023 bis 2029, horizontal und vertikal runter dann wie viel wir haben verwirklichen können. Wenn die Zahl in jedem Jahr so ist wie jetzt gerade in der ersten Linie die CHF 1,5 Millionen, dann ist es eine Massnahme, welche in jedem Jahr greifen kann. Dann gibt es aber natürlich auch Massnahmen, welche vielleicht nur einmal stattfinden und die sind halt dann auch nur einmal griffig im entsprechenden Jahr. Auch dafür habe ich euch Beispiele mitgebracht. Wie haben jetzt im 2024 in der dritten Linie hier CHF 1,017 Millionen. Genau darin ist jetzt was ich vorher angetönt habe, was die Verwaltung auf ihrer Ebene hat beschliessen können. Bei dieser Zahl wäre jetzt die Rückstellung drin, welche wir machen müssen für die Gleitzeit- und Ferien-guthaben. Es ist eine Rückstellung von circa CHF 200'000 und man hat jetzt das Gemeindepersonal angewiesen, dass sie schauen sollen, dass sich das nicht kumuliert und nicht allzu viele Stunden aufgebaut werden und wir in dem Sinne die Rückstellung nicht immer machen

müssen. Die CHF 200'000 wären jetzt also in diesen CHF 1,017 Millionen eingeflossen. Ein Beispiel auf Stufe Gemeinderat: Die Gebührenerhöhung für die fest vermieteten Parkplätze ist hier in die CHF 1,3 Millionen im 2025 eingeflossen, womit wir uns eine Steigerung vom Ertrag erhoffen. Oder dann noch ein drittes und letztes Beispiel im 2028, in der dritten Linie: Da haben wir die Aufgabenüberprüfung der Legislaturziele. Das war eine recht anspruchsvolle Sache und hat viel Geld gekostet. Wir haben uns überlegt, dass man das vielleicht im 2028 ein bisschen schlanker machen könnte und dann besser durchführen. Dann kostet es auch nicht mehr so viel.

Ich hoffe, ihr habt ein bisschen einen Überblick gekriegt wie weit das alles thematisch gegangen ist, was wir alles angeschaut haben und wie die Zahlen zustande gekommen sind. Es sind zum Teil kleine Beträge und was da für eine Arbeit dahintersteckt, so dass man am Schluss die CHF 4,8 Millionen zusammen kriegt. Darum bin ich auch so froh und dankbar, dass alle mitgezogen haben und da wirklich dahinter sind und wir jetzt das Ergebnis präsentieren können für die nächsten sieben Jahre.



Dann möchte ich noch auf die Kehrichtgebühr, Spezialfinanzierung, zu sprechen kommen. Ich habe sie letztes Jahr schon gezeigt, jetzt ist es einfach noch komplementiert mit dem Budget 2024. Die rote Linie ist der Preis vom Kehrichtsack 35 Liter. Ganz links die kleinen Balken sind die Rechnung 2009. Es sind sehr viele Jahre abgebildet und wir sehen was für eine Kurve da unser Kehrichtsack 35 Liter, ist wahrscheinlich der Beliebteste bei allen, da preislich erfahren hat. Mit ist ganz wichtig zu betonen, dass der Sack im 2009 CHF 2,50 gekostet hat. Wir müssen ja jetzt leider nochmal hinauf mit dem Preis und gehen jetzt von CHF 2,00 auf CHF 2,40, weil leider das nicht funktioniert hat, was wir vor zwei Jahren dachten. Wir haben es dort schon ein bisschen gehaut, dass es nicht ganz reicht, unser Eigenkapital zu stabilisieren. Wir haben zwar gemeint, es kommt ein bisschen besser, aber es hat jetzt ziemlich nicht gereicht. Wir gehen jetzt auf CHF 800'000 und wenn wir nicht einschreiten, haben wir bis 2028 weniger als CHF 500'000 Eigenkapital. Darum kommt der Antrag, dass wir das halt jetzt noch einmal erhöhen müssen auf CHF 2,40. Warum hat es nicht mit dem ersten Aufschlag von 2022 funktioniert? Das haben wir uns gefragt und wir sind noch nicht ganz schlüssig. Wir werden noch weiter analysieren. Ein wahrscheinlicher Rückschluss ist, dass sich das Konsumverhalten geändert hat und das Recycling zunimmt. Man trennt tatsächlich mehr, dadurch kommt halt weniger in diesen Geldsack. Verpackungen nehmen vielleicht auch ab und sind nicht mehr so voluminös. Dann hat die Teuerung gerade wieder einen rechten Teil von unserer Erhöhung «weggefressen». Der Kauf der Säcke ist nicht nur stagnierend, sondern zurückgegangen im letzten Jahr und irgendwo muss ja der Abfall hin.

Im AFP auf den Seiten 13 bis 17 steht ausführlich alles zur Finanzlage in unserer Gemeinde. Ich verzichte darum auf weitere Ausführungen an dieser Stelle. Im Namen des Gemeinderats bitte ich euch, unseren Anträgen zu folgen und die Beschlüsse wie vorliegend zu genehmigen.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion möchte zuerst allen Beteiligten für die Arbeit am AFP danken und auch der RPK für die Prüfung und Berichterstattung. Wir teilen die meisten Feststellungen und Bemerkungen der RPK, obwohl wir den Eindruck haben, dass die Behandlung vom AFP nicht optimal abgelaufen ist, aus Verletzungs- oder krankheitsbedingten Gründen natürlich. Das sehen wir nachher in der Diskussion. Pratteln wächst und entwickelt sich und so auch die Ausgaben. Wir fokussieren uns vor allem auf die Bemühungen um die notwendigen Ausgaben, die der Gemeinderat und die Verwaltung anstellen. Im Grossen und Ganzen ist der AFP gut strukturiert. Wir regen insbesondere an, dass die Zielformulierungen weiter geschärft und künftig wieder Kennzahlen verwendet werden. Diese sind vor einem Jahr oder zwei einfach verschwunden. Es wäre immer noch gut, wenn man diese wieder aufnehmen und vor allem auch für den Finanzplan die Kennzahlen definieren würde. Quasi als Zielwert, damit man auch etwas in die Zukunft hinaus sagen oder Ziele definieren kann. Zum Thema Aufgabenüberprüfungen hat sich zumindest bis heute Abend der Gemeinderat sehr bedeckt und geheimnisvoll verhalten. Im Kapitel auf der Seite 14 im AFP hat er formuliert und kurz beschrieben, was uns in etwa erwartet. Danke für die Zusatzinformationen. Diese haben schon sehr viele Fragen beantwortet. Besser wäre gewesen, man hätte die früher gehabt und allen vorliegend. In den einzelnen Aufgabenfeldern im AFP steht dann nichts mehr zu diesen Themen oder zu Aufgabenüberprüfungen. Es fehlt also insgesamt der Gesamtüberblick, was es für uns «einfache» Einwohnerräte noch schwieriger macht, uns ein Bild zu machen, was ist wo gekürzt/erhöht worden oder welche Massnahme wurde ergriffen. Da lässt uns der Gemeinderat eigentlich ein bisschen im Dunkeln, heute Abend hat er ein bisschen Licht reingebracht. Schlussendlich stimmen wir ja dann über ein Budget ab, wo man eigentlich nicht richtig weiss, was man jetzt beschliesst. Irgendwann heisst es dann, der Einwohnerrat hat beschlossen. Eigentlich ist das nicht so eine gute Sache. Wie gesagt, viele Fragen konnten beantwortet werden. Bei der Abfallkasse muss man noch ein bisschen genauer analysieren: Wo sind wirklich diese Kosten entstanden? Gibt es mehr Abfälle, gibt es mehr Littering etc.? Der Versand von diesem zusammengekürzten Abfallkalender könnte man sicher zukünftig auch einsparen. Dem eingereichten Budgetpostulat wird die SVP-Fraktion nicht zustimmen. Der Vorstoss ist aus unserer Sicht nicht statthaft, da wie bereits erwähnt ein Gesamtbild fehlt. Wir wissen ja eigentlich gar nicht, was alles für Massnahmen getätigt werden, wo sie anfallen und somit wird jetzt nur über eine Massnahme diskutiert und die würde bevorzugt behandelt. Die Mehrheit der SVP-Fraktion wird den Anträgen der RPK Folge leisten und das Budget 2024 trotz allem genehmigen und auch die Finanzpläne so zur Kenntnis nehmen.

Die SVP wird sich aber auch, anders als es die RPK im Bericht erwähnt, auch künftig dafür einsetzen, dass Steuererhöhungen verhindert werden und wir weiterhin gesunde Gemeindefinanzen haben.

Dieter Stohler: Ich kann mich weitgehend dem Vorredner Christian Schäublin anschliessen, aber wir haben noch ein paar andere Punkte. Für mich sind nicht alle Fragen beantwortet. Zuerst danke ich dem Gemeinderat für den rechtzeitig zur Verfügung gestellten AFP. Erstmals haben wir ihn zu einem Zeitpunkt bekommen, um genug Zeit zu haben, unseren Vertretern in der RPK die Fragen einzureichen. Da hat man jetzt beim Ablauf meinen Wünschen, welche ich in den Vorjahren geäussert habe, Rechnung getragen. Ich möchte das ausdrücklich als positiv hinstellen und verdanken. Zum Inhalt vom Budget und den Finanzplänen: Man hat es kommen sehen, das Budget und die Pläne werden immer röter und das trotz der erfolgten Aufgabenüberprüfung des Gemeinderats. Der Gemeinderat schreibt «*diese verbessert das Budget 2024 spürbar*». Das ist erfreulich. Aber ist es damit da? Ich meine nein, weil wir immer ein bisschen weiter schauen. Für mich ist die finanzpolitische Grosswetterlage entscheidend, das was im Bericht auf Seite 14 ganz am Anfang steht. Dort bin ich nicht fündig geworden. Der Gemeinderat zeigt nicht transparent auf, auf was er verzichtet bei dieser Verzichtsplanung über die Jahre von CHF 4,8 Millionen. Nebenbei ist die Liste nicht öffentlich. Ich erachte das Versteckspiel nicht als zielführend, wohlwissend, dass sich der Verteilungskampf in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Aber da helfen aus meiner Sicht nur die Transparenz und aufwendige Kommunikationsarbeiten, wo man erläutert, warum man was nicht mehr macht oder einsparen

muss oder was man weiter macht. Nur Transparenz schafft Vertrauen. Wie dem auch sei, die Überprüfungen führen trotzdem nicht zu einem ausgeglichenen Haushalt. Entweder ist die Situation wirklich sehr gravierend, so dass man mit Einrechnung von diesen CHF 4,8 Millionen so rote Finanzpläne schreiben muss oder der Gemeinderat war nur halbherzig aufgestellt und muss jedes Jahr wieder neu über die Bücher und wieder eine neue Verzichtsplanung machen. Bald sind Wahlen. Vielleicht mag das ein Grund sein, dass man halt dann jedes Jahr neu über die Bücher geht. Die Fraktion FDP-Die Mitte hat ein gewisses Verständnis, dass die roten Zahlen in den nächsten Jahren anfallen werden. Uns ist klar, dass es für die grossen Um- und Ausbauten von den nächsten Jahren mit vielen zusätzlichen Wohnungen auch Investitionen in die Infrastruktur braucht. Investitionen, welche dann später in Form von hoffentlich zusätzlichen Steuereinnahmen wieder zu einem finanziellen Return führen, so dass der Haushalt dann wieder ins Lot gebracht werden kann. Das muss die Zielsetzung sein, wie ein Unternehmen, welches zuerst eine Vorleistung bringen muss, um später Gewinn zu erzielen. Wie ein Bauer, welcher zuerst säen muss, bevor er ernten kann. Aber wir sind eine öffentliche Institution, ein Gemeinwesen. Säen hat bei der Gemeinde Pratteln natürlich Grenzen. Irgendwann ist unser Eigenkapital aufgebraucht, die Verschuldung zu gross, um vernünftig wirtschaften zu können. Die RPK erhebt zum ersten Mal der Mahnfinger und schreibt: *«Aufgrund der finanziellen Situation, kann eine Steuererhöhung nicht ausgeschlossen werden.»*

Wenn wir zur Bewältigung der neuen Projekte Zentrale Pratteln, Gemeindezentrum, Bibliotheksbau, Bredella West, Gleis Süd, Bredella Ost, später die Steuern erhöhen müssen statt zu senken, dann werden es die neuen Quartierpläne sehr schwer haben, sowohl beim Stimmbürger als auch bei potenziellen Zuzüglern. Aus dem finanziellen Gesamtüberblick am Anfang vom AFP entnehme ich nichts, ausser das, was jedes Jahr drinsteht: Ausgeglichene Budgets sind sehr wichtig. Die Preisschilder müssen genau beobachtet werden. Das Legislaturziel eins muss eingehalten werden und es ist die Rede vom Frühwarnsystem. Einfach abgeschrieben aus den Vorjahren. Es sind aus meiner Sicht einmal mehr Floskeln, die gut klingen und sicher richtig sind, aber ich finde keine Antwort auf die Frage, wie es der Gemeinderat schaffen will, längerfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Letztes Jahr habe ich diese Frage auch gestellt und da hat man mir gesagt, ja, du hast recht, wir müssen da über die Bücher, wir machen eine knallharte Aufgabenüberprüfung. Jetzt hat man die, das ist super, aber wir sehen, es reicht nicht. Also ist doch die Frage: Was sieht der Gemeinderat denn für Massnahmen vor, um längerfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das kann dann vielleicht auch ein «Top-down-Konzept» sein und nicht ein «Bottom-up». Ich rede da nicht von irgendwelchen Detail-Massnahmen, sondern auf dem High-Level. Zweite Frage: Wie steht der Gemeinderat zur Aussage im RPK-Bericht, dass eine Steuererhöhung nicht ausgeschlossen werden könne? Letztendlich zielen die Fragen einfach darauf hin, nicht aus Stimmungsmache und nicht aus Wahlkampf, sondern einfach um die Frage, welche sich jeder Stimmbürger, jede Einwohnerin und Einwohner von Pratteln stellte im letzten Jahr und vielleicht auch die nächsten Jahre: Können wir diese Expansion stemmen, welche ansteht?

Wenn wir von Expansionspolitik reden, dann kommt mir zuerst einmal die Swissair in den Sinn. Wohin das geführt hat, wissen wir. Es kommt mir aber auch die Firma Signa Holding in den Sinn mit René Benko usw. Ich möchte die Frage einfach jetzt stellen und nicht erst in fünf Jahren, wenn wir dann gar nichts in eine andere Richtung steuern können. Unsere Fraktion setzt sich weiter dafür ein, dass wir nicht alles durchwinken. Insbesondere das, was «nice to have» ist, werden wir konsequent weiter ablehnen. Wir stehen aber auch zum Globalbudget, zum Finetuning, zu den Kompetenzen, welche der Gemeinderat hat und wollen dort nicht reinfunken. Wir nehmen den Gemeinderat in die Verantwortung, darum kommen wir jetzt auch nicht mit Einzelanträgen. Das wäre nicht verhältnismässig. Vorneweg: Dem Planungspostulat werden wir nicht zustimmen.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt allen Mitwirkenden beim AFP für die grosse Arbeit und auch der RPK für die Prüfung. Wir finden es grundsätzlich gut, dass Aufwand betrieben wird, um die Ausgaben zu überprüfen und die Finanzlage zu stabilisieren. Doch von dem, was wir bis jetzt gehört haben, sind wir uns nicht ganz so sicher, ob das auch reicht. Wir haben den AFP angeschaut und werden mehrheitlich zustimmen, obwohl wir immer noch finden, dass die ganzen Ziele besser messbar dokumentiert werden sollten.

Rahel Graf: Auch ich möchte einen grossen Dank an den Gemeinderat richten, vor allem an Gemeinderätin Christine Gogel, an die Verwaltung und an die RPK für die riesige geleistete Arbeit. Es ist uns bewusst, dass in dieser momentan unsicheren und wechselhaften Zeit eine Planung eine grosse Herausforderung ist. Man weiss nicht genau was kommt und es ist in den letzten Jahren und vor allem auch im letzten Jahr mehrfach so gewesen, dass man überrascht wurde, in welche Richtung es geht. Wir begrüssen die umsichtige Planung und den haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinde. Wir sind allerdings nicht ganz einverstanden, wenn die Sparmassnahmen auf dem Rücken der Schwächeren oder den Schwächsten gemacht werden und wir fragen uns, ob es sinnvoll ist auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen zu sparen. Ist es sinnvoll, bei der Jugendarbeit Einsparungen zu machen oder ist das vielleicht ein Bumerang? Wir haben hier drin auch schon gehört, dass es Probleme mit Jugendlichen gibt, welche eben keine Betreuung und keine Möglichkeit haben, sich in den Ferien oder in der Freizeit irgendwo aufzuhalten und sinnvoll zu beschäftigen. Deshalb sind wir auf der Linie von Bernhard Zwahlen und werden ihn unterstützen. Auch wir haben uns gewundert, dass es eine geheime Massnahmenliste gibt und dass die Einsparungen mindestens für uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte nicht zugänglich gewesen sind. Es ist schwer nachzuvollziehen, wo genau gespart wurde und es hat uns schon auch interessiert, das ein bisschen detaillierter zu erfahren. Wir würden es begrüssen, wenn transparenter kommuniziert würde. Ich möchte allerdings auch noch betonen, jetzt nach diesen Unkenrufen, steht Pratteln im kantonalen Vergleich gut da und wir müssen nicht den Teufel an die Wand malen. Im Gegenteil, wir müssen dafür sorgen, dass wir auch die Investoren zur Verantwortung ziehen und dass wir entsprechende Forderungen stellen. Ich sage Mehrwertabgaben, wir müssen nicht alles selber stemmen.

GR Christine Gogel: Zu den Fragen von Dieter Stohler: Wir haben das Signal, dass sich die Steuern erholen werden und dass es ein einmaliger Taucher gewesen ist. Den haben wir jetzt aufgefangen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal wiederholen. Das Budget 2024 ist ausgeglichen. Warum habt ihr nichts gelesen vom Gemeinderat zu einer Steuererhöhung? Weil das im Gemeinderat nicht diskutiert wurde. Es war schlicht und einfach kein Thema. Wir haben ein ausgeglichenes Budget. Wir sehen keine Not. Die Signale sind recht gut. Wenn man sich umhört sollte nächstes Jahr für die Wirtschaft die Prognose eigentlich wieder ein bisschen besser werden. Eigentlich sollte die RPK auf diese Frage Antwort geben, weil sie es im Bericht aufgebracht haben. Ich sehe aufgrund vom aktuellen Budget überhaupt keine Not, über das Thema jetzt zu diskutieren. Die Finanzpläne könnten zur Sorge anregen oder tun es. Auch ich habe mir hier Gedanken gemacht, weil sie nicht so rosig sind. Sie waren auch letztes Jahr nicht rosig. Wir sehen aber auch, dass alles sehr volatil ist. Der Taucher letztes Jahr war so nicht geplant, den hat man in den Finanzplänen auch nie gesehen. Sie sind halt schon wirklich zur Kenntnisnahme. Es ist eine Leitlinie, aber es kann dann oftmals wieder ganz anders kommen. Die Steuereinnahmen, welche wir durch all die neuen Quartiere bekommen sollten, darauf hoffen wir. Die werden kommen, aber es dauert einfach noch ein bisschen. Das Problem ist die Vorleistung, welche wir machen müssen mit der Infrastruktur. Das wird sich ein bisschen beissen und muss im Auge behalten werden. Wir können die Milchbüchleinrechnung machen: Bredella West schreibt auf der Homepage im 2028 kann man einziehen, Logis Suisse 2027 und Gleis Süd 2029. Vielleicht ist das ein wenig optimistisch und man kann dann im 2030/2031 in den ersten Quartieren mit Steuereinnahmen rechnen. Im Moment haben wir ein durchschnittliches pro Kopf Steuereinkommen von rund CHF 1'900 pro Einwohner. Wir hoffen ja, es kommen dann ein bisschen gute Steuerzahler in die tollen Quartiere. Dann wird es vielleicht CHF 3'000 sein pro Kopf mal 3'000 neue Einwohner, dann spült das doch ein rechter Betrag in die Kasse, mit welcher wir dann auch planen können. Ich sage jetzt einmal mittelfristig, aber der Finanzplan hört ja anno 2027 auf. Eine Steuererhöhung ist kein Thema. Dann wurde von der SVP, FDP und SP erwähnt, es sei alles so geheim mit dieser ganzen Liste zur Aufgabenüberprüfung. Es tut mir jetzt fast ein bisschen leid, dass jetzt die ganzen Bemühungen der Überprüfung und der grosse Erfolg so unter diesem Dünkel «geheim» stehen. Ich habe es vielleicht ein bisschen zu wenig gut übergebracht. Wir wollen ja alles dann transparent machen, wenn es ansteht. Ihr habt ja gesehen, wie die ganze Liste auf die Jahre gelegt ist. Es bringt nichts, wenn wir jetzt heute Abend publizieren, was wir im 2028 planen, weil wir dann nämlich hier drin über Veloständer diskutieren bis um vier Uhr morgens. Darum haben wir versucht, das zu bündeln. Unser Ziel ist das zu bringen, was gerade ansteht. Wenn es etwas

ist, was auf der Stufe des Einwohnerrats ist, dann müsst ihr uns einfach so viel Vertrauen geben, dass es dann auch hier hineinkommt und ihr darüber beschliessen könnt. Das muss dann ein politischer Entscheid sein. Seit wir das Globalbudget haben, habt ihr ja eigentlich nie mehr gehabt als die Zahlen wie sie jetzt hier stehen. Die RPK hatte das Detailbudget. Es ist dort drin alles transparent, jede Ausgabe und Einnahme ist budgetiert, ist einsehbar. Es sind auch keine Geheimnisse da oder Versteckspiele. Im 2025 kommt dann frisch rein, was das 2025 betrifft.

Kurt Lanz: Es ist natürlich so wie Dieter Stohler gesagt hat. Wir haben uns einmal entschieden, dass wir einen Aufgaben- und Finanzplan wollen. Mit dem ging einher, dass wir ein Globalbudget haben und darum sehen wir halt jetzt die Einzeldetails nicht. Auch hat er von der Flughöhe gesprochen, die irgendwo hier oben ist. Das wäre es bei mir eigentlich auch. Ich möchte unbedingt noch einmal erwähnen, dass ganz viel Zeugs, was auch mit Vorinvestitionen zu tun hat, ich mir immer wieder Gedanken mache, wie dann das mit dieser Mehrwertabgabe aussieht, wenn wir Quartierpläne machen, bei welchen man eine viel bessere Nutzung hat. Möglicherweise könnte der Gemeinderat sich auch einmal Gedanken machen, ob die Mehrwertabgabe so korrekt ist oder ob wir nicht die Mehrwertabgabe auch den Umständen anpassen können.

Dieter Stohler: Ich bin sehr erfreut über die Antworten der GR Christine Gogel. Ganz herzlichen Dank, meine Fragen sind so weit, was die finanzpolitische Grosswetterlage anbelangt, positiv beantwortet. Weihnachten kann kommen und das neue Jahr auch. Bezüglich der Steuererhöhung spiele ich jetzt den Ball an die RPK weiter. Was ist denn eure Meinung oder warum habt ihr das Thema Steuererhöhung dort so prominent aufgeführt? Was war der Anlass? Das kann ja nicht einfach so aus heiteren Himmel kommen und es hat für mich, wenn ich die Zahlen bis jetzt anschau, auch eine gewisse Logik. Aus Sicht des Gemeinderats hat es weniger Logik, was ist eure Logik? Das würde mich noch interessieren. Zum Thema Mehrwertabgaben: Ich persönlich habe immer gesagt, wir müssen, wenn wir diese Expansion irgendwie prästieren können, dann müssen die Investoren natürlich ihren Beitrag leisten. In welcher Form auch immer, da ticken wir gleich.

Gerold Stadler: Zum Passus betreffend Steuererhöhung: Das ist so ein bisschen der Mahnfinger. Wir haben das nicht lang und breit in der RPK diskutiert und das schon ins Auge gefasst. Wir haben jetzt das zweite Mal ein negatives Budget. GR Christine Gogel hat gesagt, es ist ein ausgeglichenes Budget. Natürlich sind CHF 300'000 beim Gesamtbetrag ein kleiner Minusbetrag. Nichtsdestotrotz ist es ein Minusbetrag. Die Gemeinde hat die Kostenüberprüfung gemacht und versucht Einsparungen zu machen. Wenn es so weiter gehen würde, dann wäre eine Steuererhöhung *eine* Möglichkeit. Es gibt noch ganz andere Möglichkeiten. Das ist uns allen klar.

Lesung

01 Politische Behörden

02 Allgemeinde Verwaltung

Keine Wortmeldungen

03 Polizei

Gerold Stadler: Ich habe das vorher schon erläutert, um was es geht. Da gibt es nichts mehr zu sagen.

GR Stefan Löw: Als erstes möchte ich der RPK meinen Dank aussprechen für ihre Arbeit. Ich habe keinen so leichten Stand für mein Anliegen und möchte doch versuchen, ihnen noch weitere Aspekte aufzuzeigen, wieso diesem Kürzungsantrag nicht entsprochen werden soll. Beim Kürzungsantrag geht es um einen Betrag von CHF 162'000 und dieser ist eigentlich zur Anschaffung eines neuen Radargeräts vorgesehen. Gleichzeitig würde man dann im AF 3

dann aber auch CHF 140'000 bei den Einnahmen kürzen. Schlussendlich gäbe es eine Budgetverbesserung von CHF 22'000. Zur Ausgangslage im Moment: Zurzeit haben wir ein Handgerät im Einsatz. Mit diesem Gerät können wir mit Personal Messungen machen. Wir können aber nicht genug Daten damit erheben, welche wir zur Auswertung brauchen. Ein anderes Gerät hat bei höherer Geschwindigkeit und bei Lichteinfluss Fehlmeldungen gemacht bei der Erfassung. Wir mussten das Gerät dann wegen der Rechtssicherheit ausser Betrieb nehmen. Das Gerät war in einem Fahrzeug stationiert und wurde zur Messung durch eine Person bedient. Der Beschluss zur Beschaffung des Radargeräts ging durch sämtliche gemeinderätlichen Instanzen. In der Sicherheitskommission wurde dem Antrag zugesprochen wie auch im Gemeinderat. Fragen aus der Geschäftsprüfungskommission zu den Geschwindigkeitskontrollen sind eingegangen und wurden beantwortet. Die politischen Voraussetzungen sind also für den AFP voll und ganz geschaffen worden. Wie kontrolliert man den fahrenden Verkehr? Situativ im Moment mit der Lesepistole. Damit haben wir die Möglichkeit, sehr schnell vor Ort zu sein und dann auch Messungen zu machen, auch im Bereich, wo die Geschwindigkeiten sehr niedrig sind z.B. in Begegnungszonen mit Tempo 20. Die Problematik ist halt, dass immer jemand dort sein muss, um das Gerät zu bedienen. Man kann es nicht einfach frei aufsetzen. Zur Durchsetzung der Geschwindigkeit bei Tempo 30 ist es durchaus Verkehrssicherheitsrelevant, was wir machen. Die Themen Schulwegsicherheit und Kinderfreundliche Gemeinde müssen wir in diesem Zusammenhang auch betrachten. Das Vorgehen bei der Beschaffung ist, eine Bedarfsanalyse zu machen und auch, dass man Gespräche mit dem Hersteller und anderen Gemeinden führt. Die Gespräche haben bereits stattgefunden und die Evaluation ist so weit eigentlich fortgeschritten und wir wissen, was wir beschaffen wollen.

Ich bin zum Beschluss der RPK überhaupt nicht befragt worden und konnte keine Stellung dazu nehmen. Was mich etwas befremdet ist, dass die RPK in den operativen Aufgabenbereich eingreift. Ich hätte durchaus Verständnis, wenn die GPK das macht. Wir sind überhaupt nicht abgeneigt, wenn man da genauere Erfahrungswerte oder Sachen wissen möchte. Man könnte auch in der Abteilung Sicherheit die Polizei befragen und abklären. Dann würde man auch sehen, wie gross das Aufgabenfeld ist und was man da alles machen muss. Die Gemeinde Pratteln hat ein sehr grosses Strassennetz. Es ist vergleichbar mit allen anderen grossen Gemeinden um Pratteln herum. Die Beschaffung ist nahezu kostenneutral und darum verstehe ich auch nicht, wieso die RPK den Antrag stellt. Es hat einen Einfluss auf das operative Geschehen in diesem Aufgabenfeld.

Sie wissen, dass dieser Beschluss der Kürzung eine Anschaffung nicht ausschliesst. Das ist ein Gemeinderatsbeschluss, welcher gefasst wurde und wir auch umsetzen könnten. Seit Oktober von diesem Jahr haben wir eine Neubesetzung in der Abteilung Dienste und Sicherheit. Marcel Schaub ist in die ordentliche Pension gegangen und geniesst jetzt seinen Urlaub. Er hat eine hervorragende Arbeit gemacht und wir haben sehr sorgfältig evaluiert, was wir für eine Neubesetzung machen. Ich kann ihnen da wirklich mit ruhigem Gewissen und einer ganz grossen Freude sagen, dass Sonja Dürrenberger eine Bereicherung ist. Sie hat gut angefangen und in vielen Bereichen auch bereits Einfluss genommen. Massnahmen wurden ergriffen und erlassen. Es gibt vermehrte Kontrollen im öffentlichen Raum, bei Schulen, Kindergärten, am Bahnhof usw. das können sie überprüfen. Wir werden das auch fortsetzen. In diesem Bereich gibt es wirklich Veränderungen und da brauchen wir auch die Unterstützung des Einwohnerrats. Wir hatten in den letzten Jahren längere Unterbesetzungen durch Krankheitsausfälle und Kündigungen und konnten nicht immer alles machen. Man kann nicht alles auf das ESAF schieben, hatte aber sicher auch Einfluss darauf. Corona hat zum Teil auch absorbiert, weil die Dienste Sicherheit involviert waren mit Massnahmen. Das hat die öffentliche Arbeit zum Teil schon ein bisschen eingeschränkt von der Polizei. Die Überprüfung vom Schulwegkonzept ist jetzt abgeschlossen. Das hat ein bisschen länger gedauert. Der Gemeinderat hat bereits entschieden, dass wir eine gewisse Priorisierung vornehmen. Als erstes werden wir bei den Schulhäusern Erli I und II sowie dem Münchacker das Thema angehen und dann weiter das Grossmatt, Längi und Aegelmatt. In den nächsten zwei Jahren werden wir schauen, was wir dort alles bewirken können.

Die Beschaffung vom Radargerät hat alle politischen Prozesse durchlaufen, ist ins Budget eingeflossen und auch ersichtlich. Ob wir das Gerät jetzt beschaffen oder erst nächstes Jahr oder später, irgendwann werden wir eines brauchen. Wir werden nicht darum herumkommen. In diesem Jahr ist es natürlich ein grosser Posten, aber in den Folgejahren auch ein Gewinn. Wenn sich die Verkehrsteilnehmer nicht korrekt verhalten, dann gibt es halt dort weitere

Einnahmen, welche sich positiv auswirken. Mit dem Gerät könnten wir auch Langzeitmessdaten erfassen. Das ist ein sehr wichtiger Teil, damit wir Aussagen und Einfluss nehmen können allenfalls auch bei verkehrstechnischen Sachen. Es geht überhaupt nicht darum, nur Einnahmen zu generieren. Das Gerät kann dann über eine längere Zeit ohne Personalaufwand arbeiten, auch über Nacht und über mehrere Tage. Wir erhalten dann recht viele Informationen zurück. Die Polizei ist im Stande, die Arbeiten und auch die gewünschten Kontrollen zu machen. Wir sind bestrebt, die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum zu erhöhen. Das machen wir so oder so, ob das jetzt im AFP steht oder nicht.

Ich möchte sie dazu bewegen, sich einen Ruck zu geben und der Beschaffung des Radargeräts zuzustimmen. Das Volk hat einem flächendeckenden Tempo 30 zugesprochen und wir sind jetzt in der Pflicht, als Gemeinderat und auch meine Abteilung, das durchzusetzen. Um das zu können, müssen wir auch an Orten und zu Zeiten kontrollieren, wenn die Verkehrsteilnehmer nicht damit rechnen. Nur so können wir das steuern und verlässlich etwas machen. Sie entscheiden jetzt und heute, ob wir so weitermachen. Vergleichbare Gemeinden wie Muttenz hat ab nächstem Jahr drei Geräte: Eine Pistole, ein stationäres Gerät in einem Auto und eines wird noch beschafft. Wir hätten dann nur eine Pistole.

Übrigens hat es überhaupt keine Begründungen im RPK-Bericht. Ihr könnt ihn mir vorlesen, wenn ihr einen seht, welcher begründet wieso sie die Budgetkürzung wollen. Das Eine tun und das Andere nicht lassen. Nach diesem Motto bitte ich sie, dem Antrag nicht zuzusprechen.

Rebecca Moldovanyi: Ich danke der RPK für Ihren Bericht. Wir können uns mit dem aber trotzdem nicht einverstanden erklären. Es geht um den Punkt im Bericht, warum der Verkehrsradar nicht angeschafft werden soll. Wir haben es jetzt gehört: Im ersten Jahr wird es Anschaffungskosten geben, aber schon ab dem zweiten Jahr macht man damit Ertrag. Das ist aber nur ein Nebeneffekt. Warum das nicht zur Sicherheit beitragen soll, ist nicht wirklich erörtert worden. Die Erläuterungen von GR Stefan Löw finde ich einiges einleuchtender mit diesen verschiedenen Gremien, wo da auch diskutiert wurde und sie ihre Arbeit richtig machen. Es wird natürlich zur Sicherheit beitragen, wenn Leute, auch wenn es nur an einzelnen Orten ist, geblitzt würden. Wenn man einmal geblitzt wurde, fährt man dort nicht noch einmal schneller. Das sollte eigentlich unsere Hauptmotivation sein, die Strassen sicherer machen. Es geht nicht gegen die Autofahrer. Es sind vielleicht 2%, welche sich nicht an das bestehende Gesetz halten wollen und die werden gebüsst. Man darf der Polizei sehr gut vertrauen, dass sie ihre Arbeit machen, die Gelder richtig einsetzen und man sollte da nicht in Anschaffungen in dieser Höhe hineinreden. Das ist nicht Aufgabe des Einwohnerrats.

Andrea Nägelin: Ich bin auch der Meinung, da wird am falschen Ort gespart. Die Verkehrssicherheit hat eine ganz grosse Priorität. Mir wird es manchmal angst und bange, wie um das Bahnhofsquartier gerast wird aber auch z. B. in der Gartenstrasse, wo ich wohne und es doch einen Kindergarten und eine Schule hat. Ich vermisse dort Verkehrskontrollen und habe selten einmal erlebt, dass überhaupt eine stattgefunden hat. Leider ist es so, dass sich viele Leute nur über das Portemonnaie oder einen Billettentzug erziehen lassen und darum bin ich absolut der Meinung, dass das eine gute Anschaffung ist.

Gerold Stadler: GR Stefan Löw hat der RPK vorgeworfen, wir hätten uns nicht informiert. Wir stellen unsere Fragen und wir haben auch zu diesem Punkt eine Frage an Philippe Doppler gestellt, welcher sie an die Verwaltung weitergeleitet hat. Den Vorwurf können wir uns als RPK nicht gefallen lassen. Wir stellen die Fragen und bekommen die Antworten. Wer das auf der Verwaltung beantwortet, können wir leider nicht sagen. Die RPK ist eine Kommission, welche, ausser in der ersten Sitzung, immer ohne Gemeinderatsvertretung tagt. Wir sind also auf die Antworten angewiesen, welche wir bekommen. Das finde ich einfach noch ganz wichtig für das Verständnis.

Christian Schäublin: Ich habe es am Anfang schon gesagt, wir sind für den Antrag der RPK. Der Beschluss der RPK war deutlich mit sechs zu zwei. Wir meinen, dass man das vorgesehene Gerät wahrscheinlich nicht überall aufstellen kann, weil es ein separater Anhänger sein wird. Gerade im ersten Jahr werden die Einnahmen tiefer sein, bis auch das Gerät geliefert ist und die Kosten für die Rechnungsstellung ersichtlich sind. Der Aufwand in der Verwaltung wird auch einiges höher sein, als bis jetzt budgetiert wurde. Wir sind der Meinung, dass es für

Verkehrs- oder Radarkontrollen oder der Verkehrssicherheit auch andere Massnahmen gibt, welche man in die Wege leiten kann, als nur Geschwindigkeitskontrollen. Auf dem Bahnhofplatz braucht es sicher andere Massnahmen, als so ein Radargerät. Das würde dort wahrscheinlich gar nicht funktionieren. Darum sind wir dagegen.

Abstimmung über den Antrag der RPK zum Radargerät

Die RPK beantragt dem Einwohnerrat im AF 03:

Im AF3 soll auf die Anschaffung eines zweiten Radargeräts verzichtet werden. Das Budget ist somit um den Aufwand von CHF 162'000 und den Ertrag um CHF 140'000 zu reduzieren. Der Saldo dieses Aufgabenfeldes verbessert sich damit um CHF 22'000.

Weiter soll die Anzahl der Radarkontrollen im Plan von ≥ 200 auf ≥ 150 angepasst werden. Das Gesamtbudget im AFP 2024-2028 verändert sich somit auf einen Aufwandüberschuss von CHF 301'500.

://: Der Antrag wird mit 23 Nein-Stimmen zu 12 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der RPK zum Plan: soll ergänzt werden

Die RPK beantragt dem Einwohnerrat im AF 03 folgende Formulierung zu ergänzen:

Im AF3 soll der Plan «Vermehrte Verkehrskontrollen für alle Verkehrsteilnehmende beim Bahnhofplatz sowie Kindergarten und Schulen» ergänzt werden.

://: Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Fortsetzung der Lesung

04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

05 Schulen

06 Familienergänzende Angebote

Keine Wortmeldungen

07 Kultur, Sport und Freizeit

Bernhard Zwahlen: Es war nicht ganz einfach im AFP herauszufinden, wo Geld gekürzt wird, aber man hätte es machen können. Ich habe es gemacht und habe bei der RPK nachgefragt, was genau in dem Bereich gekürzt wird, weil mir dieser Bereich sehr wichtig ist, und ich habe Antworten bekommen. Zum einen sind es CHF 7'500, was beim Feriendorf eingespart wird und zum anderen sind es CHF 11'000, womit man das Jugendhaus um einen zusätzlichen halben Tag schliesst. Die Frage ist dort nur schon: Was ist ein halber Tag, wenn es ja nur einen halben Tag offen ist. Es macht ja irgendwann am Nachmittag auf bis spät abends. Was ist jetzt ein halber Tag? Ist das ein ganzer Tag? Ist es eine Stunde, sind es zwei Stunden, sind es fünf Stunden? Man weiss es nicht. Aus diesem Grund habe ich erstens an der letzten Sitzung ein Postulat eingereicht. Das Postulat zielt darauf ab, dass der Gemeinderat nochmals genau prüft, was die Kürzungen für Auswirkungen haben auf die Jugend. Dann habe ich heute einen Planungsantrag eingereicht, ich hoffe, der kommt dann durch, mit dem Ziel, beim AF 7 Kultur, Sport und Freizeit, im Feld Zielgruppen und Wirkung, folgenden Satz anzupassen: «Die *Leistung Öffnungsstunden und Unterstützung im Jugendhaus bleibt mindestens auf dem Stand des Jahres 2023.*» Damit man das machen kann, wird das Globalbudget für das Jahr 2024 im AF 7 Kultur, Sport und Freizeit um CHF 11'000 erhöht. Im Grundsatz ist es keine Erhöhung, sondern es ist eine Beibehaltung vom jetzigen. Warum ist mir das so wichtig? Es ist genau jetzt sehr wichtig, dass wir für die Jugend dastehen. Jetzt ist der Punkt, wo die Jugend am Limit

ist. Man liest in ganz vielen Medien, dass es einfach sehr viele Situationen gibt, in welchen die Jugendlichen stark belastet sind, sei es durch Krieg, Covid Langzeitfolgen von zu wenig draussen sein oder sei es Einsamkeit. Es gibt einfach wirklich viel, was unsere Jugend belastet. Im jetzigen Ziel heisst es: *«Jugendliche und Kinder haben Orte, an welchen sie spielen, sich treffen sowie Vertrauenspersonen, von denen sie niederschwellige Unterstützung bei individuellen Problemen erhalten.»* Wenn wir dort Geld kürzen, kürzen wir eine Leistung. Wir nehmen also von diesem Ziel den Boden weg. Wenn Personal eingespart wird, dann haben die Kinder weniger Unterstützung und genau die brauchen sie im Moment. Deswegen bitte ich sie, dem Planungsantrag und dem Postulat zuzustimmen. Dann kann jetzt einmal ein Jahr alles bleiben, wie es ist. Der Gemeinderat kann nochmal über die Bücher und allenfalls nächstes Jahr das Postulat beantworten.

Rahel Graf: Ich möchte Bernhard Zwahlen ganz stark unterstützen und stimme ihm in allen Punkten zu. Ich kann ihm aus eigener Erfahrung als Lehrerin absolut beipflichten, dass das tatsächlich ein Problem ist. Die Jugendlichen sind wirklich belastet. Vor allem für eine Gemeinde wie Pratteln ist es absolut essentiell, dass wir dort kein Geld sparen. Wir reden von CHF 11'000.

GR Roger Schneider: Es stehen ja zwei Sachen zur Debatte. Der Gemeinderat ist bereit, das Planungspostulat entgegenzunehmen, zu prüfen und euch zu gegebener Zeit dann auch darüber zu berichten. Beim Planungsantrag sind wir dagegen. Wie ihr vorher schon von GR Christine Gogel gehört habt, haben wir den Prozess gemacht und es ist wirklich kein Stein über dem anderen geblieben. Ich bringe jetzt vielleicht noch ein bisschen Qualität hinein. Es war zum Teil schmerzhaft, andere Sachen waren schmerzfrei. Wir mussten schauen, weil sich die finanzielle Situation nicht wiederholen soll und da brauchte es zum Teil einschneidende Massnahmen. Ich hätte es auch lieber anders. Das ist jetzt das achte Mal, wo ich diesen Budgetprozess mitmache. Es war nie lustig und war nie eine tolle Aufgabe. Ich nehme an für alle. Es war immer ein bisschen ein Kampf, aber man hat sich irgendwie schon gefunden. Ich bin immer loyal gewesen und habe die Entscheidungen mitgetragen, auch wenn es vielleicht im Herz wehtat. Es ist immer, jedes Mal, nicht nur jetzt vor den Wahlen, sondern wirklich jedes Jahr ein Riesenthema und es waren die unangenehmsten Sitzungen. Im ganzen Globalbudget ist das halt einfach ein Abstrich, welchen wir jetzt hier vorgenommen haben. Der Entscheid vom Gemeinderat ist, dass wir dort eine Kürzung vornehmen. Ihr seht aber im Aufgabefeld 07, dass die Zahlen nicht runtergehen, sondern insgesamt hinaufgehen.

Patrick Weisskopf: Für das Planungspostulat und Planungsantrag will ich Bernhard Zwahlen danken, weil er die politischen Instrumente richtig einsetzt. Wir haben jetzt die Situation, dass wir halt organisierte und nicht organisierte Jugendliche haben. GR Christine Gogel hat im Vorfeld gesagt, welche Aufgabenüberprüfungen gemacht wurden. Bei den Vereinen hat man nicht gekürzt. Den Vorschlag dort zu kürzen, hat man gerade weggenommen, weil man weiss, wie wichtig eben genau die Vereinsarbeit ist. Da aber nicht alle Jugendliche und eben genau viele Problem-Jugendliche nicht in Vereinen organisiert sind, hat das Jugendhaus eine ganz wichtige Rolle. Die Anlaufstellen müssen niederschwellig sein und das können wir dort erreichen. Es sind CHF 10'000. Überlegt euch einfach was passiert, wenn nur einer durchrutscht oder halt Dummheiten macht. Das Geld ist schneller ausgegeben. Darum will ich euch bitten, diesem Antrag Folge zu leisten, damit wir die Leistung aufrechterhalten können und mit Fakten nächstes Jahr dann nochmals darüber schauen.

Dieter Stohler: Jetzt geht es schon um CHF 11'000. Ich möchte uns einfach den Spiegel vorhalten und bitte den Antragsteller das Gesamtinteresse im Auge zu behalten, wie es GR Roger Schneider auch gesagt hat. Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen. Alle sind irgendwo betroffen. Jede Kürzung von ein paar wenigen tausend Franken führt zu irgendwelchen Einschränkungen. Das ist so und wenn man jetzt da Einzelinteressen postuliert, dann hat das einfach keinen Sinn und man verliert wieder das Gesamtinteresse. Man würde irgendwelche Sachen dann priorisieren. Ob inhaltlich gesprochen dieser halbe Tag für das Jugendhaus so matchentscheidend ist, darf man durchaus auch in Frage stellen. Ich bitte das abzulehnen.

Emil Job: Frage an den Gemeinderat: Wenn wir jetzt diese CHF 11'000 einsparen, wie viel kostet uns das in Zukunft? Hat man das angeschaut? Hat man das überlegt? Hat man das auch einberechnet? Das hat Folgekosten zur Folge und die hätte ich gerne gewusst, bevor ich die CHF 11'000 *nicht* ausbebe.

Didier Pfirter: Bernhard Zwahlen hat gesagt, es sei nicht ganz klar, wie lange denn das Jugendhaus geschlossen bleiben würde, gegenüber heute. Vielleicht kann das der Gemeinderat noch klären. An diejenigen, welche dafür sind, dass man jetzt da das Budget wieder erhöht, trotz Kompromiss im Gemeinderat, welcher wahrscheinlich mit erheblichen Schwierigkeiten erreicht wurde: Es wird hier der Teufel an die Wand gemalt, das Jugendhaus würde zu gehen und man würde Jugendliche verlieren und weiss nicht was. Wir reden von einem Nachmittag. Ich nehme auch nicht an, dass es gerade der Mittwochnachmittag ist, wo die meisten frei haben, sondern einer, wo die meisten Schule haben. Das Jugendhaus bleibt ja grundsätzlich offen und es ist jetzt halt so, dass die Gemeinde den Gürtel enger schnallen muss. Für mich ist das Symbolpolitik, wenn wir jetzt sagen, dass mit ein paar Stunden weniger offenem Jugendhaus unsere Jugend oder einige Jugendliche ins Verderben stürzen. Ich glaube, das ist Verhältnisblödsinn.

Bernhard Zwahlen: Ich muss mich schnell verteidigen. Es ist kein Einzelinteresse, es ist ein Interesse der Jugend. Die gehen ins Jugendhaus und sie nutzen es. Die Jugend ist hier drin nicht vertreten. Ich rede jetzt für die Jugend und nicht für mich. Ich arbeite nicht dort, ich verdiene nichts dort, aber ich arbeite als Sozialpädagoge. Deswegen weiss ich, von was ich rede. Eine Stunde Gespräch kann viel bewirken und wenn man auf das Jahr hinaus pro halben Tag eine Stunde rechnet, ist das einfach viel. Es wird sehr viel kaputtgemacht, wenn man jetzt dort CHF 11'000 einspart. Es wurde viel Beziehungsarbeit geleistet bis jetzt, der muss man weiterhin nachkommen. Das ist schwer, wenn genau der eine Jugendliche am Mittwochabend immer kommt, um zu reden und genau jetzt macht das Jugi dann einfach zu, nur weil wir keine Lust haben, CHF 11'000 zu investieren. Wenn ich in Einzelinteresse handeln würde, dann würde ich drei, vier Strassen nicht bauen, weil die vielmehr Geld benötigen. Schaut hinten im AFP, wie viel Geld der Strassenbau verbraucht. Und dann will man bei CHF 11'000 sparen, wo so eine grosse Wirkung haben auf die Zukunft von Steuerzahlenden, von unserer Jugend, von unseren Kindern und dann auch noch sagen, Rotgrün ist wieder irgendwie am Geldausgeben. Wir können irgendwo anders auch sparen und wir machen es nicht.

GR Roger Schneider: Die Folgekosten wissen wir nicht. Es ist natürlich nicht gewiss, ob es Folgen daraus ergibt. Das kann man nicht sagen und die Folgekosten definieren noch schwieriger. Zu den Öffnungszeiten: der Gemeinderat hat noch keinen Beschluss gefasst, wie die Leistungskürzung aussehen wird. Da sind wir noch nicht so weit. Wir nehmen eure Voten aber in den Gemeinderat.

Abstimmung über das Planungspostulat von Bernhard Zwahlen

Planungspostulat, U/G, Bernhard Zwahlen «Auswirkungen der Budgetkürzung auf die Jugendarbeit

://: Das Planungspostulat wird mit 22 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

Abstimmung über den Planungsantrag von Bernhard Zwahlen

Planungsantrag der U/G, Bernhard Zwahlen «Keine Kürzungen beim Jugendhaus»

://: Der Rat beschliesst mit 21 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

1. Im AFP-Aufgabenfeld 7 «Kultur, Sport und Freizeit» unter Plan mit folgendem Satz angepasst: Die Leistung (Öffnungsstunden und Unterstützung) im Jugendhaus bleibt mindestens auf dem Stand des Jahres 2023.
2. Das Globalbudget für das Jahr 2024 wird im AFP-Aufgabenfeld 7 «Kultur, Sport und Freizeit» um CHF 11'000 erhöht.

Fortsetzung der Lesung

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 Soziale Unterstützung

12 Asylwesen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz

14 Verkehr und öffentliche Anlagen

15 Wasserversorgung

16 Abwasserbeseitigung

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz, Energie

Keine Wortmeldungen

19 Raumentwicklung und Baugesuche

Paul Dalcher: Ich verweise auf Seite 57 auf das unterste Kapitel «Wichtige Projekte». Das beschäftigt mich stark. Vor ein paar Wochen wurde gesagt und geschrieben, dass die Schweiz die Bevölkerungszahl von neun Millionen überschritten hat. Nach aktuellen Prognosen von der ETH dürfte die zehnte Millionengrenze in etwa 12 bis 15 Jahren auch überschritten sein. Das ist eine Bevölkerungszunahme in der ganzen Schweiz von 11%. Gemäss AFP ergibt sich folgendes Wachstumsszenario für Pratteln, wenn man die Liste mit den rechtsgültigen und den in Diskussion befindlichen Grosswohnbauprojekten *ohne* Salina Raurica anschaut. Wohnraum Zentrale und Gottesacker, gemäss Quartierpläne 1'500 Personen, Platz für 5'500 Personen, Bredella West und später Ost 2'000 Personen, Gleis Süd 1'000 Personen, kleinere Projekte, Einfamilienhäuser und Projekte, welche kein Quartierplan brauchen ca. 800 in den nächsten 12 bis 15 Jahren. Das gibt ein mittelfristiges Bevölkerungswachstum in zwölf Jahren von 5'300 Personen. Wir haben heute eine Bevölkerungszahl von 16'700. Zusammen gibt das eine Annahme in zwölf Jahren von 22'000 Personen, welche können oder in Pratteln wohnen wollen. Eine Zunahme von über 30%. Die Bevölkerungszahl in der ganzen Schweiz wird in zwölf Jahren um 11% wachsen und warum sollten wir in Pratteln die Musterschüler der Nation werden und 30% zulegen? Wer beantwortet diese Frage? Man soll nicht schneller marschieren, als die Musik spielt. Seid ihr euch dieser Tragweite von diesem Szenario überhaupt bewusst? Können wir den Investitionsbedarf und die Folgekosten für Schulen, Kitas und weitere Sozialleistungen etc. wirklich stemmen? Ich habe heute andere Stimmen schon gehört. Jetzt komme ich zur Gretchenfrage von meinen Ausführungen. Wissen wir 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, ob unsere Bevölkerung das überhaupt will? Bis heute haben wir keine aussagekräftige und verbindliche Antwort darauf. Das REK liegt vor, ein Buch voller Wünsche und Möglichkeiten, alles im Konjunktiv geschrieben und zu verstehen. Plebiszitären Charakter kann und wird das Konzept nie bekommen. Aber es geht mir nicht ums REK. Als erstes steht der Quartierplan Bredella West in der Pipeline. Die Vorlage haben wir bereits bekommen. Dieser Quartierplan beinhaltet wegweisende Weichenstellungen für unsere Entwicklung des Dorfes und generell für Pratteln. Es geht mir aber heute nicht um Ja oder Nein zu Bredella. Es geht mir vielmehr darum, euch bereits heute vorzuschlagen und zu empfehlen, das Volk darüber zu befragen. Ich appelliere an eure Verantwortung als Volksvertreterin, als Volksvertreter. Die Volksbefragung über ein derart wichtiges Geschäft ist nicht die Holschuld der Stimmbürgerschaft, sondern ist Bringschuld vom Parlament, also von uns. Egal ob sie als Einwohnerrätin oder

Einwohnerrat pro oder kontra zu Bredella stehen. Schreiben sie dann zu gegebener Zeit mit, so dass das Referendum hier im Saal zustande kommt. Das Volk zu vertreten heisst auch, mit ihm zu debattieren, damit langfristig tragbare Lösungen gefunden werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Fortsetzung der Lesung

20 Wirtschaft

21 Steuern

22 Finanz- und Lastenausgleich

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Keine Wortmeldungen

Schlussabstimmungen

Aufgaben- und Finanzplan 2024-2028 (AFP)

://: 1. Genehmigung Investitionsrechnung 2024

://: Die Investitionsrechnung wird einstimmig genehmigt.

2. Festsetzung der Steuerfüsse für das Jahr 2024

Der Rat beschliesst mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertrags- und Kapitalsteuer sowie der Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften wird neu auf 55% des Staatssteuerbetrages festgesetzt (neu, bisher Steuersatz auf steuerbarem Ertrag und Kapital)

3. Feuerwehropflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 10 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Abwassergebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

6. Festsetzung Hauskehr-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Christian Schäublin: Wir hatten es heute schon mal von der Abfallkasse. Da ist die Erhöhung bei den Sackgebühren um plus 20%. Grundsätzlich haben wir dort noch CHF 900'000 in der Kasse und ich habe Mühe damit, dass man präventiv einfach die Gebühren erhöht, obwohl man noch genug Mittel hätte für die nächsten Jahre. Wenn man das ausrechnet sind es CHF 60'000 minus. Das würde noch die nächsten zehn Jahre längstens reichen. Das heisst nicht, dass man irgendwann trotzdem erhöhen muss, aber das präventiv in dieser Höhe zu machen, ist nicht sinnvoll. Man könnte jetzt da etwas den Einwohnern zurückgeben, welche sowieso schon genug Teuerung erfahren haben in den letzten Jahren. Ich beantrage darum die Sachgebühr nur um 10% zu erhöhen. Das wäre für 6a und 6b.

GR Urs Hess: Ich bitte sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Die Abfallrechnung vom 2023 sieht alles andere als gut aus. Das können wir jetzt noch nicht abbilden. Unsere Finanzchefin hat schon gesagt, dass wir in der Abfallrechnung ein massives Defizit haben, obwohl wir bereits Massnahmen eingeleitet haben. Darum müssen wir diese Erhöhung machen und hoffen, das ist die Letzte.

Silvia Lerch: Ich hätte gerne gewusst, ob man eine Aussage machen kann zu diesen Gebühren, wie das Verhältnis entstanden ist. Mich dünkt einfach, das Littering wird grösser und die öffentlichen Abfälle werden mehr belastet. GR Christine Gogel hat ja gesagt, dass die Verkäufe von diesen Säcken zurückgehen. Wie widerspiegelt sich das?

GR Urs Hess: Wir haben weniger Säcke verkauft. Die Abfallmenge ist noch nicht ganz klar. Sie wird wahrscheinlich auf einem ähnlichen Niveau wie bisher sein, d.h. wir haben dort eine gröbere Differenz. Ob die Leute die Säcke als Vorrat das letzte Jahr noch gekauft haben, ist relativ schlecht nachvollziehbar. Das ist möglich, weil wir ja auf dieses Jahr schon aufgeschlagen haben. Die Massnahmen gegen das Littering gehören halt auch in die Abfallrechnung. Wir schauen aber, dass wir nicht noch weiter hinauf müssen mit den Abfallgebühren. Es kann nicht sein, dass die Ehrlichen für die Unehrligen bezahlen, das wollen wir vermeiden. Massnahmen sind aber eingeleitet. Es wird vermehrt Kontrollen geben. Da will ich nicht zu viel ausführen, das ist alles aufgegleist, damit wir das Littering möglichst vermindern können.

Christian Schäublin: Ihr habt gesagt, es gibt ein riesiges Defizit. Wie gross ist denn das genau? Von mir aus gesehen verträgt es ein Jahr ohne Probleme, auch wenn wir nur 10% dort erhöhen. Sogar wahrscheinlich für die nächsten zwei bis drei Jahre. Eine präventive Erhöhung um 20% können wir um mindestens noch ein Jahr verschieben.

Mauro Pavan: Ich wäre ja geneigt, dem Antrag von Christian Schäublin zuzustimmen und wahrscheinlich würde es das tatsächlich auch problemlos vertragen, um ein Jahr herauszuschieben. Ich erläutere kurz, warum ich das trotzdem nicht mache. Die Spezialfinanzierung der Abfallkasse hat irgendwann einmal zu viel Geld generiert, weil man durch Massnahmen, welche man damals getroffen hat wie z. B. die farbigen Säcke, die Kosten gesenkt und darum mehr Geld eingenommen hat. Man hat vorübergehend die Gebühren gesenkt, um das Kapital abzubauen. Selbst wenn man sie jetzt wieder auf CHF 2,40 erhöhen würde, wären sie immer noch tiefer als sie damals gewesen sind. Ich müsste jetzt das Protokoll hervorsuchen. Damals wurde angekündigt, wenn das Kapital dann einmal so weit gesenkt ist, so wie das jetzt eben stattgefunden hat, muss man es wieder anpassen. Genau das findet jetzt statt und darum bitte ich euch, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Dieter Stohler: Gehe ich recht in der Annahme, mit Blick zum Gemeinderat, dass beim Finanzplan Abfallbeseitigung die Erhöhung schon eingerechnet ist? Wenn das so ist, dann bitte ich euch anzuschauen, dass auch mit dieser Einrechnung das Eigenkapital abnimmt und zwar in den nächsten fünf Jahren um 50%. Da ich ein langfristig denkender Mensch bin, stimme ich dem Gemeinderatsantrag zu.

GR Christine Gogel: Ich muss mich korrigieren, die Finanzpläne sind noch ohne Erhöhung gerechnet.

Christian Schäublin: Das würde ja eigentlich heissen, jetzt haben wir CHF 60'000 minus drin. Wenn die Erhöhung noch nicht drin ist, dann würden wir ja schon nächstes Jahr wahrscheinlich ein Plus schreiben. Wenn wir jetzt etwas machen wollen, reichen auch 10 % Erhöhung. Ich bitte sie, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmungen über den Antrag von Christian Schäublin

Der Antrag der SVP- Fraktion, Christian Schäublin, wird mit 20 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt:

Die Gebühren bei 6a) Gebührensäcke nach Volumen und 6b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht um maximal 10% zu erhöhen.

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 8.1 %) unverändert.

a) Gebührensäcke nach Volumen (**neu ab 1. April 2024**)

17 Liter, maximal 3 kg	CHF 1.10 (bisher CHF 1.00)
35 Liter, maximal 6 kg	CHF 2.20 (bisher CHF 2.00)
60 Liter, maximal 12 kg	CHF 4.40 (bisher CHF 4.00)
110 Liter, maximal 18 kg	CHF 6.60 (bisher CHF 6.00)

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)

pro 6 kg 1 Gebührenmarke	CHF 2.20 (bisher CHF 2.00)
--------------------------	----------------------------

Der Rat beschliesst einstimmig:

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung	CHF 16.20 (bisher CHF 13.50)
pro Kilogramm	CHF 0.260 (bisher CHF 0.216)

d) Häckseldienst

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF 25.00 (unverändert)
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF 50.00 (unverändert)
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF 4.00 (unverändert)

e) Container für Grüngut

bis 140 Liter-Container	CHF 90.00 (bisher 88.20)
bis 240 Liter-Container	CHF 172.90 (bisher 169.50)
bis 770 Liter-Container	CHF 528.20 (bisher 517.80)

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Es wird eine Teuerungszulage von 2.5% gewährt.

8. Genehmigung Budget 2024

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Das Budget für das Jahr 2024 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 334'700 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

2. Nr. 519

Fragestunde

Frage 1

Stand Weiherweg Einbahnstrassenabschnitt

(Silvia Lerch, FDP-Die Mitte)

GR Stefan Löw: *Frage: Zeichnet sich in absehbarer Zeit eine Änderung ab, welche zu einer Verbesserung der Situation führt?* Die Frage ist sehr schnell beantwortet. Der Gemeinderat hat diesem schon entsprochen. Die Einbahnstrasse wird aufgelöst und ist wieder von beiden Seiten befahrbar. Wir müssen jetzt noch genau abklären, wie es mit den Signalisationen ist. Alle anderen Strassen in die Bahnhofstrasse haben kein Vortrittsrecht, sie sind noch am Boden markiert. Wir müssen noch Tafeln aufstellen und Hecken zurückschneiden. Es gibt noch ein paar Massnahmen, welche vorgängig zu machen und abzuklären sind und dann wird das Regime gewechselt.

Frage 2

SBB-Tageskarten der Gemeinde Pratteln – aktueller Stand und Ausblick:

(Andreas Moldovanyi, SP)

GR Stefan Löw: *Frage 1: Per wann wurden die Tageskarten in Pratteln abgeschafft und warum nicht erst per Ende 2023?* In der Gemeindeverwaltung werden seit 1. April 2023 keine SBB-Tageskarten mehr an die Einwohner/innen verkauft. Der Vertrag mit der SBB ist per Ende März 2023 ausgelaufen und auf eine Jahres-Verlängerung wurde aufgrund der neuen Vertragsbedingungen der SBB verzichtet.

Frage 2: Welche Alternativangebote wurden geprüft und welches kommt zum Einsatz? Die Konditionen der SBB haben sich insofern geändert, dass die Preise auch bei einem Kauf bei der Gemeinde höher als die bisherigen CHF 40 sind. Die Karten können nur noch personalisiert abgegeben werden, was eine Weitergabe ausschliesst. Zudem wird für die günstigen Tageskarten (ab CHF 59) der Besitz eines Halbtags-Abonnements vorausgesetzt, ansonsten steigt der Preis.

Frage 3: Wann werden die lang ersehnten Informationen folgen? Durch diese Angebotsänderung wurde der Service Public der SBB auf die Gemeinden abgeschoben. Die Gemeinden können keine anderen bzw. günstigeren Tageskarten als die SBB selbst ausgeben, denn es gibt inzwischen mit Sparbillets (Bestellung 90 Tage vorher) und Spartageskarten (die man ein halbes Jahr vorher bestellen kann) günstigere Alternativen. Aufgrund dieser Änderungen wird die Gemeinde Pratteln, wie auch viele weitere Gemeinden keine SBB Tageskarten mehr verkaufen. Die Information wird so schnell wie möglich auf der Homepage aufgeschaltet.

Frage 3

Weihnachtsbeleuchtung

(Jasmine Bosshard, SP)

GR Urs Hess: *Frage 1: Wieso wird in gewissen Strassen die Weihnachtsbeleuchtung nachts nicht ausgeschaltet? Frage 2: Wer ist dafür verantwortlich, wann und wo die Beleuchtung ausgeschaltet wird?* Das ist eigentlich ganz einfach zu erklären. Man hat nicht überall die entsprechenden Steuerkabel, dass man die Weihnachtsbeleuchtung separat schalten kann, diese geht mit der Strassenbeleuchtung. Das sind ganz wenige Stromverbrauchskosten für die paar Lampen, welche hier brennen, die sind irgendwie zwischen CHF 15 bis 20, wir haben alles LED-Lampen. Also wir haben das schon das letzte Jahr behandelt, was das überhaupt bedeutet, wenn man die Lampe ein bisschen früher abstellt. Man kann sie nicht abstellen, weil das System der Leitung dorthin nicht vorhanden ist.

Die Fragen sind beantwortet.

3. Nr. 3377

Quartierplanung LIDL, 2. Lesung

2. Lesung

§ 1

§ 2

§ 3

§ 4

§ 5

§ 6

§ 7

§ 8

§ 9

Plan

Es gibt keine Wortmeldungen,

Abstimmung

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Quartierplanung LIDL und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 10. Januar 2024

4. Verabschiedung

Urs Schneider: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ich breche jetzt die Sitzung hier ab, es ist 21:15 Uhr. Es gibt jetzt noch etwas zu Essen. Das halbe Jahr ist relativ schnell durchgegangen. Ich hoffe, ich habe sie nicht immer überfahren, aber ich habe auch probiert, die Sitzung relativ straff zu führen. Heute ist es mir leider nicht gelungen und wir sind deshalb auch nicht fertig geworden. Da will ich mich beim Gemeinderat entschuldigen. Wir haben jetzt Mitte Dezember, Zeit um zuhause die Familie zu geniessen, ein bisschen besinnlich zu sein. Ich wünsche allen eine schöne Weihnachtszeit, erholt euch in den Ferien, so dass wir im neuen Jahr wieder mit vollem Elan starten können. In diesem Sinne wünsche ich euch eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und alles Gute.

Geschäft Nr. 3369, 3406, 3282 wurden nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 21.15 Uhr beendet.

Pratteln, 08. Januar 2024

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Schneider

Ulrike Schmid